



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

REZSSION

Wer sich abschottet, schadet Europa

Die Flut der weltwirtschaftlichen Probleme steigt höher und höher. Das Wasser steht den politischen Entscheidungsträgern mittlerweile mancherorts bis zum Halse. Hastig werden Rettungsboote gefertigt und Schutzschirme verteilt, um dem ökonomischen Untergang zu entgehen. Billionen Euro schwere Konjunkturprogramme sollen verhindern, dass aus der Rezession der Weltwirtschaft eine lange anhaltende Depression wird.

Klar und auch richtig ist, dass angesichts der gewaltigen ökonomischen Herausforderungen schnell gehandelt werden muss. Not kennt kein Gebot. Da wird der Eile wegen auch ohne langes Federlesen in Kauf genommen, dass bewährte Rechtsgrundsätze auf der Strecke bleiben. Im Kampf gegen die globale Wirtschaftskrise scheidet der Zweck jedes Mittel zu heiligen.

Mit Artikel 115 des Grundgesetzes ist es sicher noch einigermaßen plausibel möglich zu rechtfertigen, dass „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ die verfassungsmäßig geltende Schuldenbremse außer Kraft gesetzt und die öffentliche Neuverschuldung auf Rekordstände hochgefahren wird. Schon bedeutend schwieriger ist es, wettbewerbsrechtlich zu legitimieren, dass der Staat der bereits angeschlagenen Commerzbank die Übernahme der mit Milliardenverlusten belasteten Dresdner Bank ermöglicht. Denn gerade die aktuelle Finanzmarktkrise hat doch mit aller Klarheit offenbart, dass Größe zu einem systemischen Risiko für die Volkswirtschaft insgesamt werden kann. Deswegen müsste der Staat nicht für eine Megafusion, son-

dern eher für eine Redimensionierung und Zerschlagung überdimensionierter wirtschaftlicher Gebilde sorgen. Vor allem aber entstehen durch die einseitige Hilfestellung zugunsten der Commerzbank Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der Deutschen Bank, aber auch gegenüber Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Besonders eklatant ist, mit welcher Leichtigkeit und Dreistigkeit der wirtschaftlichen Not wegen europäische Rechtsgrundsätze missachtet und verletzt werden. Ohne Rücksicht auf europarechtliche Vorgaben gewinnt in den EU-Ländern ein nationales Krisenmanagement Oberhand. Frankreich unterstützt Renault und Peugeot mit direkten Hilfen in Höhe von sechs Milliarden Euro. Nordrhein-Westfalen will Opel „angemessen und nachhaltig“ helfen. Überall streben nationale Regierungen danach, mit Subventionen und Beihilfen der einheimischen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dazu gehört auch die einseitige Entscheidung der Bundesregierung, das europäische Vergaberecht bei der öffentlichen Ausschreibung der milliardenschweren Infrastrukturprojekten für längere Zeit zu verwässern und deutschen Kommunen zu erlauben, im Baubereich Aufträge unter einer Million Euro auch wieder freihändig vergeben zu dürfen. Viele andere Beispiele verdeutlichen, wie sehr die europäische Idee in den Hintergrund gedrängt wird und wie sehr nationale Interessen die politische Diskussion dominieren.

Vernachlässigt wird, dass nationale Alleingänge die Gefahr eines europaweiten Subventionswettlaufs schüren, der am Ende

allen schadet. In dem Punkte ist die ökonomische Theorie durch die Realität gut bestätigt worden: Protektionismus ist eine kostspielige, bestenfalls kurzfristige, sicher aber nicht nachhaltige Strategie zur Rezessionsbekämpfung. Nationaler Protektionismus löst keine Probleme der globalen Finanzmarktkrise. Im Gegenteil: er verschärft sie. Das war so in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Es war so in der Mehrzahl nationaler Konjunkturerbrüche. Nationale Abschottung verlängert und vergrößert die negativen Folgen ökonomischer Krisen.

Demgegenüber hilft gerade die in den letzten Jahren vorangetriebene Europäisierung der nationalen Märkte, die Rezession schneller zu überwinden. Sie sorgt dafür, dass Waren, Personen und Kapital innerhalb der EU ungehindert nationale Grenzen überqueren dürfen. So können Überfluss und Mangel einfacher und schneller ausgeglichen werden. So entsteht eine kostensparende europaweite Arbeitsteilung. Der Euro tut ein Übriges für mehr Transparenz. Kosten- und Preisvergleiche werden erleichtert. „Mehr Europa“ bedeutet eben auch „weniger national(istisch)e Politik“ und damit weniger Schutz für kostspielige Abschottungstendenzen. Nicht von ungefähr verschwanden in der EU staatliche Monopole im Energie-, Transport- und (Tele-)Kommunikationssektor. Eine radikale Reform der Wettbewerbsre-

geln führte zu günstigeren Preisen und damit einer realen Aufwertung der Einkommen.

Die Vorteile europäisierter Märkte kommen nicht nur einseitig den wettbewerbsfähigeren EU-Ländern zu Gute. Europäisierung ist kein Nullsummenspiel, bei dem die einen verlieren müssen, was die anderen gewinnen können. Die Europäisierung hat allen EU-Mitgliedsländern geholfen, den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen zu heben. Das war vor der Finanzmarktkrise so. Es wird auch danach Gültigkeit haben.

Vor allem aber wird die auch politisch negative Signalwirkung verdrängt, wenn nach einer langen Phase der Europäisierung der Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte nun wieder ein nationaler Protektionismus Raum greift. Über Jahre ist in schwierigen Verhandlungen schrittweise ein gemeinsamer Binnenmarkt geschaffen worden. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion entstand. Der Euro löste symbolträchtiges nationales Geld ab. Bei aller berechtigten Kritik, dass es noch besser hätte gemacht werden können, bleibt eines absolut zweifelsfrei: Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte. Nach unermesslich schmerzhaften Narben, die sich Europäer in zwei Weltkriegen gegenseitig zugefügt hatten, galt es und gelang es, zuallererst Hass, Ängste und

Misstrauen gegenüber den europäischen Nachbarn abzubauen und politisches Vertrauen zurück zu gewinnen. Das über Jahrzehnte langsam wachsende gegenseitige Vertrauen schuf die entscheidende politische Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Berechenbarkeit. Die Transaktionskosten für grenzüberschreitende, innereuropäische Geschäfte sanken.

Im Laufe der Zeit konnte dann ökonomisch geerntet werden, was mit dem politisch motivierten europäischen Integrationsprozess gesät wurde. Gehörte der Krieg unter Europäern zur Konstanten der Weltgeschichte, kann er heute ausgeschlossen werden. Innerhalb Europas herrscht Frieden und Sicherheit in einer Masse, das unsere Großeltern noch für undenkbar gehalten hätten. Diese Integrationsdividende sollte nicht durch einen Rückfall in nationales protektionistisches Denken gefährdet werden. Vertrauen aufzubauen dauert Jahrzehnte, es zu zerstören nur ein paar hektische Tage während einer Finanzmarktkrise. Deshalb lohnt es sich nicht, kurzfristiger nationaler Scheinerfolge wegen die europäische Idee und ihre zweifelsfreien langfristigen Vorteile leichtfertig aufzugeben.

Dieser Beitrag ist am 12. Februar 2009 auf Spiegel Online (www.spiegel.de) erschienen.